



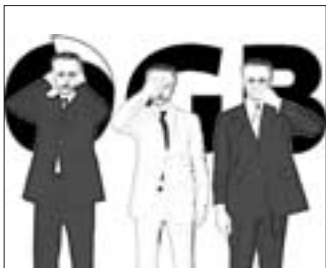
Österreich



SPÖ: Chancen für den "Aufstand der Basis"?

Der Aufschrei war laut zu vernehmen als das Regierungsprogramm präsentiert wurde. Doch hat die "Opposition" in der SPÖ einen Plan zur wirklichen Veränderungen der Partei? SEITE 2

Betrieb & Gewerkschaft



Nach dem ÖGB-Kongress: Die Krise geht weiter

Große Töne waren von führenden GewerkschafterInnen im Vorfeld des ÖGB-Kongress' zu hören. Nun ist klar: Die Krise ist bis auf weiteres prolongiert. SEITE 3

Schwerpunkt



CWI: Weltweiter Kampf für Sozialismus

Im Jänner fand der Weltkongress des Komitees für eine ArbeiterInnenInternationale statt. SozialistInnen von allen Kontinenten diskutierten die Perspektiven für den weltweiten Kampf für Sozialismus. SEITEN 4/5

Internationales



Schere zwischen Arm & Reich geht weiter auf

Der Kapitalismus bringt für die Einen schier unvorstellbaren Reichtum hervor und zwingt die Anderen in bitterster Armut. Der ganz "normale" Wahnsinn hat sich in den letzten Jahren sogar verschärft. SEITE 7

Regierungsprogramm: unsozial & neoliberal

Keine Schonfrist für Sozialabbauer

von Sonja Grusch, SLP Wien

Die Industriellen-Vereinigung hat ihr Programm durchgesetzt und jubelt: "Die vorliegenden inhaltlichen Eckpunkte des neuen Regierungsprogramms zeugen von Kontinuität (...). Für die österreichische Industrie war entscheidend: Keine Änderung bei den steuerlichen Rahmenbedingungen im Unternehmenssteuerbereich (...). Neben der Freude über die Beibehaltung der Studienbeiträge bezeichnete der Generalsekretär der Großindustrie, Markus Beyrer, die Einigung zur Arbeitszeitflexibilisierung als "ersten Schritt in die richtige Richtung, der ohne den Einsatz der Industrie nicht erreicht worden wäre". Das Schlimmste dabei ist aber: Die Fraktionsspitzen von SPÖ und Christgewerkschaftern im ÖGB haben das Regierungsprogramm abgenickt. Viele Angriffe wurden direkt aus einem Sozialpartner-Papier übernommen, das AK und ÖGB mit-ausgearbeitet haben.

GEWERKSCHAFTSFÜHRUNG: UMGEFALLEN!

NICHT BIS ZUR NÄCHSTEN WAHL WARTEN

Dass die Gewerkschaftsführung zuerst Sozialabbau Tür und Tor öffnet und dann auch noch zustimmt, ist ein Skandal. Der Unmut darüber war auf dem ÖGB-Kongress daher auch nicht zu überhören. Das Argument der Führung war, es würde auch viel Gutes enthalten. Doch einigen unausgefeil-

ten Zugeständnissen wie der Errichtung von Lehrwerkstätten stehen sehr konkrete Verschlechterungen, wie die leichtere Kündbarkeit von Lehrlingen, gegenüber. Neoliberalismus prägt dieses Programm, etwa durch die Ausweitung der Ladenöffnungszeiten, weitere Privatisierungen durch Privat-Public-Partnership-Modelle, erhöhter Druck auf Arbeitslose (was durch die bedarfsorientierte Grundsicherung verschärft wird, da bisherige SozialhilfeempfängerInnen ebenfalls dem Arbeitsmarkt zur Verfügung stehen müssen), die Anhebung der wöchentlichen/täglichen Höchstarbeitszeit und die Schwächung der Gewerkschaften durch Verlagerung diverser Arbeitszeitregelungen auf die betriebliche Ebene. Diese Vorhaben setzen den Umverteilungsprozess von unten nach oben fort. Irgendwie kein Wunder. Denn überall wo die SPÖ in den letzten Jahren bereits an der Macht war, hat sie eine ebensolche Politik betrieben.

lan- gem könnte es wieder Menschen geben, die "ausgesteuert", also völlig ohne Unterstützung durch den Staat, sind (siehe S.2). Abgesehen davon, dass sich auch bei der kommenden Wahl die Frage stellen wird, ob es überhaupt eine wählbare Alternative gibt, können die meisten von uns nicht so lange warten. Dass der ÖGB das Sozialpartnerpapier mit-entwickelt hat ist schlimm - und die Basis darüber wütend. Hier gilt es anzusetzen. Die Proteste, welche die Studierenden begonnen haben, müssen ausgeweitet werden. ArbeitnehmerInnen, Arbeitslose und Jugendliche können gemeinsam deutliche Zeichen setzen. Es kann in Zukunft durchaus verstärkt zu Protesten kommen, weil die Hoffnung vor der letzten Wahl "Wir wählen die SPÖ und dann wird's weniger schlimm" so bitter enttäuscht wurde. Die Schonfrist für die SPÖ ist vorbei, bevor sie begonnen hat. Diese Proteste gilt es zu vereinen und entschieden zu führen. Die Gewerkschaften haben die Aufgabe, die Interessen der Mitglieder entschieden und kämpferisch zu vertreten - auch gegen eine SPÖ-geführte Regierung.

Die große Farce: SPÖVP-Frauenpolitik

Am 8. März ist internationaler Frauentag. Salbungsvoll werden PolitikerInnen wieder beteuern, dass sie für gleiche Rechte und gleiche Bezahlung eintreten. Der neue Bundeskanzler wird stolz darauf verweisen, dass es der SPÖ zu verdanken sei, dass es wieder ein eigenes Frauenministerium gibt. Die bisherige Wiener Frauenstadträtin Wehsely meinte sogar, der Koalitionspakt sei "für die Frauen tadellos in Ordnung".

Eine Teilnehmerin am ÖGB-Kongress, die wohl näher an der Realität der Frauen ist als die SPÖ-Spitzen, meinte hingegen, dass die neue Regierung für Frauen nichts zu bieten hätte, weil die Situation nur dann besser würde, wenn sich die Arbeitssituation von Frauen verändern würde. Das Regierungsprogramm lässt diesbezüglich aber nichts erwarten. Die Ausdehnung der Maximalarbeitszeiten, die Verlängerung der Ladenschlusszeiten, Personalabbau im Öffentlichen Dienst (wo die Einkommensunterschiede am geringsten sind) - all das wird die Situation von Frauen weiter verschlechtern. Der vollständige Bezug des Kindergeldes hängt nach wie vor von der Existenz eines Partners ab und davon, dass er in Karenz gehen kann. Alleinerzieherinnen sind benachteiligt. Die Beibehaltung von Studiengebühren und die Schaffung eines neuen, selbständigen Beschäftigungstyps für die Pflege von Angehörigen tun ein übriges. Das die neue Frauenministerin Bures kein eigenes Budget haben wird zeigt symbolhaft, was die Frauenpolitik der neuen Regierung ist: eine Farce.

8. März

Am internationalen Frauentag beteiligt sich die SLP an der Frauendemonstration. Zusätzlich wird es eigene Aktionen geben. Übersicht auf www.slp.at

Der Standpunkt

Jugendtorheiten

von Sonja Grusch



Viele von uns haben Torheiten in der Jugend begangen. Das reicht von durchzechten

Nächten über Mercedes-Sterne abbrehen bis zu ungeschütztem Sex. Da sind wir dann auch froh darüber, dass sich der Ton der Regierung geändert hat. Gehrler hat noch mahnend den Zeigefinger erhoben und gefordert, die Jugend solle lieber Kinder kriegen als Parties feiern. Unser neuer Bundeskanzler zeigt sich da liberaler. Auf Fotos aus Ende der 1980er Jahre ist FPÖ-Vorsitzender Strache bei wehrsportähnlichen Übungen, wie sie gerne von Nazis veranstaltet werden, zu sehen. Gusenbauer stellt sich vor Strache und spricht von "Jugendtorheiten".

Gusenbauer zeigt sich schon länger liberal - im aktuellen (!) Umgang mit Rechten. Erinnert sei an das legendäre Spargelesen mit Jörg Haider 2003. Es folgte die Zustimmung zum Asylgesetz und die Feststellung, das Asyl ein Privileg sei, kein Recht. 2005 wurde zwischen der SPÖ und FPÖ-Burgenland ein Geheimpakt unterschrieben. Und das neue Regierungsübereinkommen setzt die rassistische Praxis der letzten Regierung fort. Es will die "Abschiebepaxis optimieren" und den "Leistungsumfang der Grundversorgung" von AsylwerberInnen "evaluieren" (sprich: kürzen).

Gusenbauer hat von Strache eine Klarstellung gefordert, wie er dazu heute steht. Die folgte prompt: Er sei halt ein "dummer Bub" gewesen. Und die dummen Jungs sind doch harmlos, wenn sie sich bei Wehrsportübungen darauf vorbereiten, gewaltsam gegen MigrantInnen und Linke vorzugehen. Wenn sie rassistische Hetze verbreiten - das tut ja auch keinem weh. Und der Holocaust-Leugner Irving ist ja nur ein verwirrter alter Mann, der es halt "nicht besser weiß".

Nein, Gusenbauer ist kein Rechtsextemer. Er hat sicher keine Sympathien für Rechts-extreme oder Nazis. Aber er ist ein "Pragmatiker". Er will regieren und da kann man sich die Bündnispartner halt nicht immer aussuchen. Der Zweck heiligt die Mittel. Dass er damit rechtsextrême und rassistische Meinungen und Aktivitäten verharmlost, sieht er vielleicht als nötige Kollateralschäden.

Impressum:

Offenlegung lt. §25 des Mediengesetzes

Eigentümer, Herausgeber, Verleger und

Redaktion: Sozialistische LinksPartei

(SLP), 1070 Wien, Kaiserstr. 14/11; Die

SLP ist eine politische Partei, deren

Vertretung nach Außen durch Bundes-

sprecherin Sonja Grusch erfolgt. Die

Redaktion der Zeitung Vorwärts hat John

Evers inne. Grundlegende Richtung:

Sozialistische Information im Sinne der

Programmatik der SLP. Sitz der Partei:

1070 Wien, Kaiserstr. 14/11;

Auflage: Je nach Thema unterschiedlich.

Druck: Druckerei Fiona, Wien;

Herstellungs- und Verlagsort: Wien;

DVR: 0820202

Zulassungsnr.: 327808W97U

Abos & Spenden: PSK 8812.733

Nach der Wahl kam die große Enttäuschung SPÖ: Welche Chancen hat der "Aufstand der Basis"?

von John Evers*, SLP-Wien

Angelobung unter Protesten, hunderte Parteiaustritte und ein neuer Regierungschef den das alles nicht zu kratzen scheint. Was ist mit jener SPÖ passiert, die einen sozialen Kurswechsel versprach, von vielen zumindest als "kleineres Übel" gewählt wurde und nun selbst die treuesten Mitglieder vor den Kopf stößt?

GROSSE KOALITION VS. KUSCHELN MIT DER FPÖ - NUR EIN STRATEGISCHES DILEMMA?

Die Verteidiger der Großen Koalition in der SPÖ - wie Wilhelm Haberzettl (FSG) - argumentieren (scheinbar) pragmatisch: Die Alternative wäre eine unsichere Minderheitsregierung gewesen, die mit der FPÖ "gekuschelt" hätte. Auch prominente Vertreter von der oppositionellen Initiative "Wir sind SPÖ" scheinen sich solchen "pragmatischen" Überlegungen nicht zu verschließen und meinen: "Wenn man für die Bildung einer Regierung einen Partner braucht, muss man Kompromisse eingehen." (Ex-GPA-Chef Hans Sallmutter). Beschränkt sich somit die Kritik lediglich auf einen schlechten "Verhandlungskompromiss"?

"ALTERNATIVE" MINDERHEITSREGIERUNG VERPUFFT

Die vor einigen Wochen artikulierte Forderung von "Parteilinken" nach einer Minderheitsregierung ist schlagartig in den Hintergrund getreten. Aus gutem Grund: Der Inhalt des von der SPÖ-Führung als "Kurswechsel" verteidigten Regierungsabkommens hat gezeigt, dass Gusenbauer I zu Schüssel II sicher kein kleineres Übel darstellt. Selbst an die Überheblichkeit seines Vorgängers scheint der neue Kanzler mühelos heranzukommen. K.H. Grasser kommentierte das Programm des neuen Kabinetts zu recht als unmittelbare Fortsetzung des Kurses der letzten sieben Jahre. Eine solche SPÖ hätte zweifellos auch im Falle einer - ihr von der ÖVP-Verweigerungshaltung aufgezwungenen - Minderheitsregierung, keine linke Politik versucht, sondern wohl - wie sie es gerade jetzt tut - eher mit der FPÖ gekuschelt. Das scheinbar strategische Dilemma zwischen Pest (Große Koalition) und Cholera (Minderheitsregierung mit FPÖ-Unterstützung), ist in Wahrheit keine Frage von Strategie und Taktik. Vielmehr geht es um den Gesamtzustand der Partei.

KEINE ARBEITERINNEN-PARTEI MEHR

Laut Rechenschaftsbericht



2005 hat die SPÖ 5,84 Millionen Euro an Mitgliedsbeiträgen (Anteil Bundespartei) eingenommen. Mit 60 Euro Jahresbeitrag hochgerechnet, dürfte sie - trotz Abzug der Beitragsteile die in den Ländern und Bezirken verbleiben - somit heute deutlich weniger als die offiziell 300.000 Mitglieder vereinen. Wer heute also von "drin bleiben um zu verändern" spricht, muss sich im Klaren sein, dass in den letzten 20 Jahren mindestens 300.000-400.000 Mitglieder verlassen haben. Dieser Trend blieb bemerkenswerter Weise auch unter Schwarz-Blau/Orange ungebrochen. Der Grund liegt auf der Hand: Im Gegensatz zu den 70er Jahren steht die SPÖ heute nicht einmal für eine positive Reformpolitik, also Verbesserung für die ArbeitnehmerInnen. Ihre Entwicklung zu einer Sozialabbau-Partei war darüber hinaus verknüpft mit einer (bewussten) Ausdünnung der Basisressourcen, sowie der Zurückdrängung des Gewerkschaftseinflusses. Entsprechend abgehoben reagieren die Parteioberen heute auf Kritik jener, welche im Grunde noch die klassische Parteiarbeit tragen. Für Gusenbauer und Co sind diese Menschen und ihre Ideen höchstens Relikte aus einer Welt, die in den Augen des Kanzlers schon längst untergegangen ist.

STRATEGIEFRAGEN AN DIE SPÖ-LINKEN

Objektiv sind die Möglichkeiten einer SPÖ-Linken jetzt Einfluss auf den Kurs der Partei zu gewinnen schlechter als je zuvor, da die historische Basis der Partei selbst (also die ArbeiterInnenschaft) das Par-

teigeschehen des Kanzlerversins längst nicht mehr entscheidend prägt. Nichts desto trotz haben sich binnen kurzer Zeit mehrere hundert linke AktivistInnen aus den Jugendorganisationen und der FSG massiv zu Wort gemeldet und erstmals sogar Ansätze zu einer Vernetzung geschaffen. Die Frage ist: Wohin gehen diese Ansätze? Orientieren sie sich weiter am "Wohl der Partei" und betonen bei jeder Gelegenheit, dass sie eigentlich dazu da wären, noch mehr Austritte zu verhindern. Oder orientieren sie sich am "Wohl

sozialistischer Politik" und sehen die sozialistischen Kräfte außerhalb der SPÖ als strategische Bündnispartner? Entsteht hier ein organisierter linker Flügel, mit einem sozialistischen Programm, der - im Bündnis mit der außerparteilichen Linken - Widerstand auch gegen den Sozialabbau einer SPÖ-geführten Regierung organisiert und die Machtfrage in der Partei stellt? Oder sind es eher nur Internetaforen mit freundlicher Duldung der Parteiführung zum Dampfblasen?

ÖFFNEN AUSTRITTE DER VSSTÖ-SPITZEN EIN FENSTER?

Die Parteiaustritte der beiden VSSTÖ-Spitzen Blaha und Kuba könnten etwa anhand der Studierendenorganisation im Kleinen zeigen, was im Großen in Zukunft möglich wäre. Der ganze VSSTÖ könnte durch die offizielle Lösung seiner Verbindungen zur SPÖ für linke und kämpferische StudentInnen geöffnet und ein breiter, attraktiver sozialistischer StudentInnenverband werden. Ähnliches wäre für die SJ und in Folge auch für Teile von FSG, SPÖ-Bezirksorganisationen etc. möglich. Eine solche Öffnung, die auf den besten Traditionen der (einst marxistischen) Sozialdemokratie aufbaut, könnte nicht nur "Enttäuschte" ins sozialistische Boot holen. Umgekehrt würde eine solche Entwicklung eine enorme Dynamik in den Gewerkschaften auslösen, AktivistInnen aus verschiedenen Bereichen von "Außen" anziehen und jenen Prozess beschleunigen, der heute in Europa bereits vielfach auf der Tagesordnung steht. Nämlich die Schaffung einer politischen Vertretung für die ArbeiterInnenklasse, einer neuen ArbeiterInnenpartei.

*Der Autor John Evers war in den 1990er Jahren SJ und JG-Vorsitzender, sowie Bezirksparteivorstandsmitglied in der SPÖ Wien 5. Er wurde aus der Sozialistischen Jugend ausgeschlossen.

"Sozialer Kurswechsel" und die traurige Realität:

Der Schmach mit der Armutsbekämpfung

"Die neue Regierung wird das europaweit innovativste System der Armutsbekämpfung mit der bedarfsorientierten Mindestsicherung etablieren. Kernpunkte: Höhere finanzielle Hilfe und starke Anbindung an den Arbeitsmarkt." (www.spoe.at)

"ÖAAB/ÖVP konnten das von der SPÖ propagierte arbeitslose Grundeinkommen verhindern und sich auf eine bedarfsorientierte Mindestsicherung in der Höhe von 726 Euro einigen. Diese gibt's nur bei Arbeitswilligkeit. Langzeitarbeitslose sollen künftig auch für gemeinnützige Arbeitsprojekte herangezogen werden dürfen." (<http://www.oee-oeaab.at>)

"Das im Regierungsprogramm vorliegende Konzept ist keine Grundsicherung, sondern eine Sozialhilfe-reform (...) Es darf nicht bei den beschämenden Bedarfsprüfungen bleiben (...) Wer Hilfesuchenden die letzten Ressourcen nimmt, verfestigt Armut, statt sie zu bekämpfen. Das sind die entscheidenden Details, wo Armutsbekämpfung endet und Hartz IV beginnt (...) Die Sozialhilfe kann in Zukunft nicht der Staub-sauger für alle strukturellen Probleme sein, die in der Mitte der Gesellschaft angelegt sind: Arbeitslosigkeit, Pflegenotstand, prekäre Jobs, mangelnde soziale Aufstiegschancen im Bildungssystem (...)" (www.armutskonferenz.at)

Die SLP meint dazu:

Als arm gilt in Österreich, wer weniger als 848 Euro pro Monat (Haushaltseinkommen/pro Kopf) zur Verfügung hat. Diesen Wert unterschreitet das "Mindestsicherungskonzept" der Regierung (726 Euro) bereits auf den ersten Blick deutlich; von den Verschlechterungen sozialer Rechte gar nicht zu reden. Echte Armutsbekämpfung heißt Umverteilung; und zwar gegen den Widerstand der UnternehmerInnenseite und nicht Belastung der Länder und Gemeinden. Wir wollen einen solchen Kurswechsel durch entsprechenden Druck von "Unten" umsetzen:

- Gegen Arbeitslosigkeit & Armut: 30 Stundenwoche bei vollem Lohn und 1.100,- Mindestlohn netto

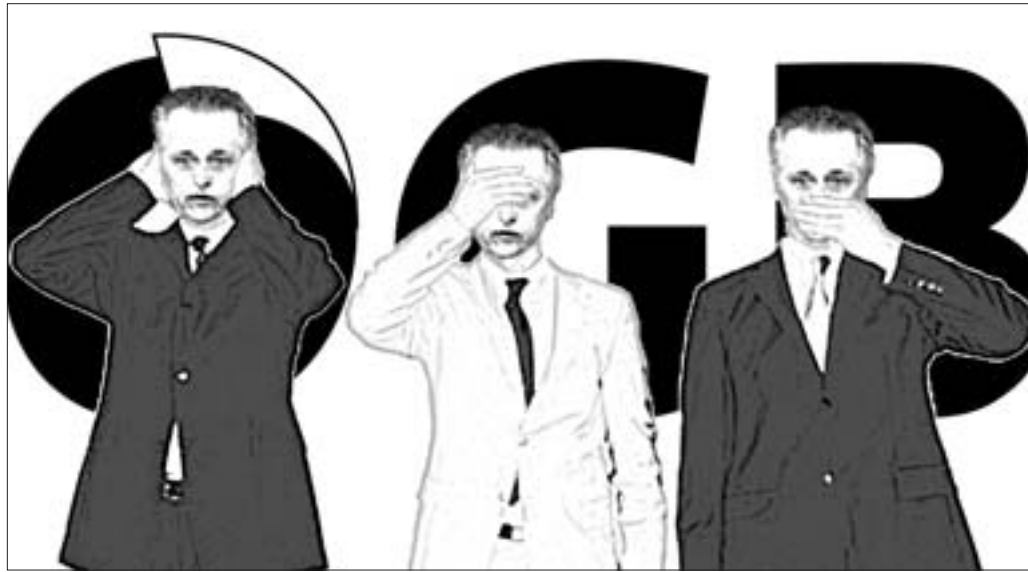
- Streichen bei den Reichen statt Sparen bei den Armen: 10 Prozent der Bevölkerung besitzen 70 Prozent des Reichtums, während eine Million Menschen als arm oder armutsgefährdet gilt

Bilanz und Ausblick nach dem ÖGB-Kongress: Gewerkschaftskrise als Dauerzustand

von Michael Gehmacher,
SLP-Gewerkschaftssprecher

Nicht weniger als dreimal war der 16. Bundeskongress des ÖGB, der schließlich Ende Jänner in Wien stattfand, verschoben worden. Der Kongress selbst endete mit einem Knalleffekt: Die Vizepräsidentin Csörgits wurde ebenso wie der "schwarze" BeamtInnen-gewerkschafts-Boss Neugebauer abgewählt. Csörgits war beim KandidatInnenhearing nicht in der Lage gewesen die Höhe ihres Einkommens zu nennen. ÖVP-Nationalrats-abgeordneter Neugebauer hatte in den vergangenen Jahren stets als treuer Vasall von Schwarz/Blau/Orange agiert und war erst gar nicht zur wichtigsten ÖGB-Tagung in der Nachkriegsgeschichte erschienen. Beide wurden trotzdem von der Gewerkschaftsführung zur Wiederwahl vorgeschlagen. Doch die legendäre "Disziplin" und Hierarchie im ÖGB funktionierte nicht einmal mehr auf der Spitzen-ebene. Der BAWAG-Skandal hat tiefe Spuren hinterlassen.

Nach Aufkommen des BAWAG-Skandals befand sich die ÖGB-Bürokratie im freien Fall. Viele Initiativen entstanden in dieser Zeit. Die wohl



bekannteste Aktion aus dieser Zeit war "Zeichen Setzen"; eine Internetplattform, die sehr schnell große Unterstützung bekam. "Zeichen Setzen" zeigte unmittelbar was möglich gewesen wäre, sowohl die Plattform für kämpferische und demokratische Gewerkschaften, wie die SLP, unterstützten deshalb "Zeichen Setzen" aktiv und traten für eine offene AktivistInnenkonferenz ein. Zur Enttäuschung vieler UnterstützerInnen wurde "Zeichen Setzen" vor-schnell eingestellt und das Potential nicht genutzt. Der ÖGB-Kongress und die Ereig-

nisse am Schluss haben das Fehlen einer kämpferischen Opposition erneut unterstrichen; von der Dynamik von "Zeichen setzen" war hier leider längst nichts mehr zu merken.

NUR EINE FINANZKRISE?

Bereits im Herbst hatte die ÖGB-Bürokratie intern wieder politisch Oberwasser gewonnen. Diverse Diskussionsforen wurden von "Oben" eingerichtet, wichtige Vorentscheidungen aber bereits - wie gehabt - hinter verschlossenen Türen getroffen. Der Posten-

schacher begann, Gewerkschaftsgebäude wurden verkauft, während aktive Gewerkschaftsmitglieder in Arbeitskreisen ohne Relevanz saßen. Die politische Dimension der Affäre wurde ausgeklammert. Die Aussage von Erich Foglar (Vorsitz Metall) wonach der ÖGB eine Finanzkrise und keine politische Krise hätte, entwickelte sich zur Leitlinie der ÖGB-Bürokratie. Doch die ÖGB-Basis folgte nur bedingt dieser Vorgabe: Die Beteiligung an der Mitgliederbefragung und den Regional-konferenzen war schwach. Immer mehr Men-

schen wendeten sich vom ÖGB-"Reformprozess" ab. Selbst am ÖGB-Kongress trat kaum einE "durchschnittlicher" Delegierter offen für die Politik der neuen ÖGB-Spitze ein: Im Gegenteil! Selbst bei jenen, die in der Vergangenheit oft brav die Hand zu Allem gehoben hatten, was "von Oben" kam, war zumindest ein deutliches Unwohlsein über Ablauf und Inhalt des "Neustarts" spürbar.

NICHT DIE BASIS IST SCHULD!

Es wäre falsch die wachsende Enttäuschung der Basis über "den ÖGB", einfach als "gewerkschaftsfeindlich" zu interpretieren. In Wahrheit gibt es zwei Tendenzen: 1) Eine ÖGB-Spitze, die immer weniger Menschen für ihre Politik gewinnen kann. Beachtliche Teile der österreichischen ArbeiterInnenklasse nehmen die internen Abläufe im ÖGB einfach nicht mehr wahr oder ernst. 2) Gruppen von ArbeitnehmerInnen die etwas tun wollen. Die Kollektivvertragsrunde 2006 zeigte, insbesondere bei den Metallern, dem Handel und dem Sozialbereich, dass viele KollegInnen bereit gewesen wären zu kämpfen. Betriebsver-

sammlungen und BetriebsrätInnenkonferenzen wurden außerordentlich gut besucht. Auch durch die beiden großen Fraktionen - FSG und FCG - gehen Risse; die Spaltung zwischen Führung und Basis hat sich vergrößert.

FEHLSTART FÜR HUNDSTORFER

So titelten die Salzburger Nachrichten nicht zu unrecht. Die ÖGB-Spitze ist politisch geschwächt und kann das Geschehen keineswegs mehr so kontrollieren wie früher. Das eröffnet eine Chance für jene wachsende Zahl von Menschen, die aktiv gegen die sozialen Verschlechterungen kämpfen wollen. Diese Situation bietet große Möglichkeiten für eine kämpferische Gewerkschaftsopposition. Wir wollen möglichst viele soziale Kämpfe unterstützen und dort, wo möglich, anstoßen. Als ersten Schritt schlagen wir eine kämpferische BetriebsrätInnenkonferenz im März vor.

VERANSTALTUNG

Plattform für kämpferische und demokratische Gewerkschaften

6. Februar um 19.00
Amerlinghaus, Wien 7;
Stiftg.8

Verankerung in der Bewegung: Die Plattform auf dem ÖGB-Kongress

Großer Zuspruch für eine kleine Initiative

Die Plattform für kämpferische und demokratische Gewerkschaften hat sich auf dem ÖGB-Kongress mit ihren bescheidenen Kräften bemüht zu zeigen, was eine organisierte Opposition im ÖGB erreichen könnte.

TAGESZEITUNG
DER OPPOSITION

Täglich (!) wurde von uns eine neue Ausgabe von "Gewerkschaft 2010 - Alternative Kongresszeitung für Kritik von innen" herausgegeben. Behandelt wurden das aktuelle Kongressgeschehen, die Frage, ob die Gewerkschaft in ihrem "Kerngeschäft" versagt und internationale Beispiele für erfolgreiche Arbeitskämpfe. Denn - wer kämpft, kann verlieren, wer nicht kämpft hat schon verloren. In "Leitls Märchenstunde" wurden täglich die Behauptungen von WirtschaftsvertreterInnen auf ihren Wahrheits- bzw. Unwahrheitsgehalt untersucht und im "Fritz des Tages" Gewerkschafter hervorgehoben, die nicht wie GewerkschafterInnen agieren. Neben der Verteilung der Zeitung gab es noch die Aktion "Umfaller", bei der alle paar Minuten dokumentiert wurde, wie die SPÖ-PolitikerInnen umgefallen sind.

INITIATIVANTRAG DER PLATTFORM

Die Plattform hatte einen zentralen Initiativantrag vorbereitet und beworben. Gefordert wurden:

- GewerkschafterInnen in Bezirks- oder Gemeinderäten, Landtagen und dem Nationalrat müssen gegen alle Maßnahmen stimmen, die zu Verschlechterungen für ArbeitnehmerInnen und Arbeitslose in Österreich und/oder auf internationaler Ebene führen!
- Der ÖGB-Kongress als höchstes Gremium der österreichischen Gewerkschaftsbewegung soll die Regierungspläne zur Verlängerung des Arbeitstages und der Ladenöffnungszeiten, sowie die massive Aufweichung des Kündi-



gungsschutzes für Lehrlinge abstimmen und zurückweisen.

- GewerkschafterInnen müssen Kampfmaßnahmen gegen die von der Regierung angekündigten Angriffe unterstützen und organisieren.

Für diesen Initiativantrag mussten laut Geschäftsordnung die Unterschriften von 20% der zugelassenen (nicht der Anwesenden!) Delegierten gesammelt werden. Was schwierig war, da 1) keineswegs alle da waren und 2) Delegierte v.a. SpitzenfunktionärInnen und Angestellte des ÖGB sind, die oft gleichzeitig in genau diesen Körperschaften sitzen und dort oftmals gegen Gewerkschaftsinteressen stimmen.

Wir mussten somit 74 Unterschriften von ordentlich Delegierten erbringen - 62 haben wir geschafft, was angesichts dieser Voraussetzungen ein sehr gutes Ergebnis war. Mehrere Delegierte haben uns aktiv beim Sammeln geholfen; ein sehr, sehr deutliches Zeichen dafür, wie groß die Unzufriedenheit mit dem Kurs der Führung ist. Als die ÖH-Vorsitzende Barbara Blaha in ihren Grußworten darauf hinwies, dass man auch - wenn notwendig - gegen eine SPÖ-geführte

Regierung kämpfen müsse, erhielt sie dafür laute Zustimmung.

HABERZETTL "NOT AMUSED"

Obwohl wir den Antrag nicht zur Abstimmung stellen konnten, haben wir doch in einer Wortmeldung noch einmal darauf hingewiesen, welche Verantwortung die Unterschriften für die ÖGB-Führung bedeuten. Die 62 Unterschriften entsprechen - ausgehend vom Delegiertenschlüssel des ÖGB - über 200.000 Mitgliedern. Tatsächlich wohl noch weit mehr, da die Zustimmung unter den Gästen und TeilnehmerInnen, alles ÖGB-Mitglieder, meist BetriebsrätInnen und PersonalvertreterInnen, die aber keine "ordentlich Delegierten" waren, noch weit höher lag. Wir haben die Unterschriften daher an Wilhelm Haberzettl, Mitglied des ÖGB-Bundesvorstandes, Vorsitzender der FSG und Parlamentsabgeordneter, übergeben (Siehe Bild). Glücklicherweise war er darüber sichtlich nicht - aber das sind wir mit dem Kurs der Führung auch nicht.

www.gewerkschaftplattform.org

Unsere Meinung zur "Abspaltung" der GÖD

Beamtenchef Neugebauer vereinnahmt nach seiner Abwahl aus dem ÖGB-Vorstand "seine" gesamte Gewerkschaft als brüskiert und will nun die, zumindest teilweise, Abspaltung der GÖD vom ÖGB durchsetzen. Konkret geht es dabei aber vor allem um einen innerbürokratischen Konflikt zwischen den beiden Spitzenstrukturen, also um Macht und Geld. Die GÖD-Führung hat ihre teilweise Loslösung in diesem Zusammenhang bereits längst angekündigt und vorbereitet. Wenn ausgerechnet Neugebauer und Co. jetzt die mangelnde Demokratie und Transparenz im ÖGB als Begründung für diesen Schritt angeben, ist das aber auch aus einem anderen Grund vollkommen lächerlich: Die schwarze GÖD wehrt den oppositionellen Unabhängigen GewerkschafterInnen (UG) bis heute jeden Einfluss und jede Kontrollmöglichkeit.

ÖGB-FÜHRUNG OHNE ALTERNATIVE

Das Grundproblem "der Spaltung" liegt allerdings darin, dass der "Reformprozess" der ÖGB-Spitze keine kämpferische und demokratische Alternative zum Standesdenken der GÖD-Führung aufzeigt. Im Gegenteil: Selbst der Großteil der sozialdemokratischen Minderheitsfraktion in der BeamtInnen-gewerkschaft zeigte sich in diesem Sinne infiziert und stimmte den Plänen der schwarzen Mehrheit grundsätzlich zu (95% für die Rechtfähigkeit der GÖD am GÖD-Kongress). Die Einheit der Gewerkschaftsbewegung kann jedenfalls offenbar nicht länger durch eine "große Koalition" im Gewerkschaftsbund hergestellt werden. Sie gilt es durch den Kampf für gemeinsame Interessen in der Gewerkschaftspraxis in ganz neuer Form umzusetzen.

Unite the globe – Fo

SozialistInnen von allen Kontinenten nahmen am 9. Weltkongress des Komitees für eine ArbeiterInnenInternationale (KAI/CWI) teil.

aus Belgien von Laura Rafetseder

Das CWI hat weltweit Mitglieder in über 35 Ländern. Gegenüber dem 8. Weltkongress 2002 gibt es neue Sektionen/Gruppen in Pakistan, Venezuela sowie Polen, sowie Arbeit in Italien und Bolivien. Überall sind die GenossInnen des CWI in Klassenkämpfen und Jugendbewegungen aktiv, teilweise führen sie diese Bewegungen an - und das obwohl sie über relativ kleine Kräfte verfügen. Eine Reihe von Schwesterorganisationen muss unter besonders schwierigen Bedingungen arbeiten. In Russland oder Kasachstan, in bürgerkriegsähnlichen Situationen und Konflikten. Mit äußerst beschränkten finanziellen Mitteln und in Bereichen, in denen für Frauen politische Arbeit mit massiven Problemen verbunden ist. Siritunga Jayasuriya, Mitglied der USP, der srilankesische Sektion des CWI, war am 9. Jänner nur knapp einem bewaffneten Angriff der Regierung entkommen (siehe auch Internationale Notizen S. 7). In Pakistan und Nigeria organisieren CWI-Mitglieder Kampagnen für Gewerkschafts- und ArbeiterInnenrechte. In vielen, wenn auch nicht in allen Ländern treten die zum CWI gehörenden Parteien

bei Wahlen an. Wo sie das tun unterscheiden sie sich von allen anderen Parteien. Mittlerweile gibt es Gemeinderäte des CWI in England und Wales (6), Schweden (8), Deutschland (9), Australien (1), Irland (4), Pakistan (7) und Sri Lanka (1). Parlamentsabgeordneter Joe Higgins unterstützt durch seine Funktion Kämpfe wie den der türkischen GAMA-ArbeiterInnen in Irland. Wie Stadtrat Steve Jolly in Australien genießt auch er aufgrund der Tatsache, dass er nur einen durchschnittlichen FacharbeiterInnenlohn bezieht, große Unterstützung und Vertrauen. In England und Wales halten CWI-Mitglieder zahlreiche Positionen in Gewerkschaften. Im Bereich der Öffentlich Bediensteten konnte so durch Streiks und kämpferische Politik ein Rückzug der Regierung in der Frage der Pensionen erzwungen werden.

WELTWIRTSCHAFT AUF "HÜHNERBEINEN"

Perspektiven sind für MarxistInnen die Grundlage unseres praktischen Handelns. Deshalb nehmen sie in der Diskussion von Perspektiven - z.B. für die Entwicklung der Weltwirtschaft - einen großen Stellenwert ein. Eines der

Hauptprobleme ist, dass die Weltwirtschaft derzeit auf der immer stärkeren Ausbeutung der ArbeiterInnenklasse beruht. Dies bedeutet aber auch, dass der Großteil der Weltbevölkerung immer weniger konsumieren kann. Stark vereinfacht sieht die Situation in etwa so aus: Das Wachstum basiert im wesentlichen auf zwei Säulen - oder wie es Peter Taaffe, Generalsekretär der britischen Sektion des CWI, ausdrückte "chickenlegs", Hühnerbeinen: Einer künstlich stimulierten Nachfrage in den USA und Investitionen in China sowie billigen Exporten aus China in die USA. Beide sind in gewisser Weise voneinander abhängig.

BILLIGES GELD ÜBER PRIVATE VERSCHULDUNG UND DIE ROLLE CHINAS FÜR DIE WELTWIRTSCHAFT

Der Konsum in den USA beruht auf überbewerteten Haus- und Immobilienpreisen ("housing bubble"), die von der Bevölkerung als "cash machines" benützt werden, um über Hypotheken billige Kredite zu erhalten. Die Leitzinsen in den USA befinden sich schon auf Rekordtief. Es ist eine Zwickmühle: China hat zwar riesige Dollarreserven, welche die US-Wirtschaft und da-

mit den Dollar stützen. Wenn der Dollar aber weiter fällt, dann muss China seine Reserven abstoßen - um sein Geld zu retten - und verstärkt damit den Fall des Dollars ins Bodenlose. Wenn die USA aber die Leitzinsen vom jetzigen Rekordtief anheben, würgen sie die Nachfrage am US-Markt, und damit die Weltwirtschaft, ab. Darüber hinaus verstärken die extremen Spekulationen auf den internationalen Finanzmärkten die Instabilität weltweit. Kann also China die Weltwirtschaft retten? China kann nur deshalb so billig produzieren, weil die chinesische ArbeiterInnenklasse stark ausgebeutet wird. Da sich die chinesischen ArbeiterInnen die in China hergestellten Produkte sich kaum leisten können, ist Chinas Wirtschaft vom US-Konsum abhängig - und da schließt sich der Problemkreis.

KRISE DES US-IMPERIALISMUS

Eine wichtige Diskussion war jene über die Krise des US-Imperialismus. Nach dem 11. September schien es, als sei die USA eine unbezwingbare Supermacht. Doch das Abenteuer im Irak ist für die USA zu einem schrecklichen Desaster geworden. Die Ablehnung des US-Imperialismus ist weltweit gestiegen. Innerhalb der USA wächst die Antikriegsstimmung. Bush hat die Midterm-Elections trotz der Schwäche seiner Gegner, der Demokraten, verloren. Ursachen waren nicht nur der Krieg im Irak, sondern auch die Auswirkungen von Hurrikan Katrina, bzw. das Versagen der US-Administration bei dieser "Heimschlacht". Mit der ImmigrantInnenbewegung und den Streiks am 1. Mai wurde zudem ein neues Kapitel im Klassenkampf in den USA aufgeschlagen.

ESKALATION IM NAHEN OSTEN UND WACHSENDE GLOBALE SPANNUNGEN

Im Irak eskaliert in der Zwischenzeit die Gewalt zwischen SchiitInnen, SunnitInnen und KurdInnen. Weder ein Aufstocken noch eine Reduktion der US-Truppen scheint unter den gegenwärtigen Bedingungen die Gewalt stoppen zu können. Widerstand gegen Besatzung und Krieg, die Lösung der brennenden sozialen Frage und die Frage der internationalen Solidarität der verschiedenen ethnischen Gruppen "von Unten - all das ist in dieser Region noch stärker als woanders in der Welt mit der einzigen, der sozialistischen Alternative miteinander verbunden. Der gesamte Nahe Osten und arabische Raum wurde durch den Irakkrieg destabilisiert. Ein Auseinanderbrechen des Iraks hätte Auswirkungen auf die gesamte Region - den Iran, Saudiarabien, die Türkei, ... Mit dem Irak gibt es nach Israel-Palästina und dem Libanon nun ein drittes Land wo jene Kräfte, welche die Bevölkerung anhand ethnischer Linien noch tiefer spalten wollen, enormen Einfluß haben.

Diskutiert wurde auch über die besondere Rolle der Hisbollah. Sie stützt sich einerseits auf die schiitische Bevölkerung und ist ihrem Ursprung nach eine extrem "spalterische" Organisation. Sie besitzt aber andererseits heute, aufgrund ihrer Rolle im Rahmen des Angriffs Israels und ihren sozialen Aktivitäten großes Vertrauen in ethnisch verschiedenen Teilen der ArbeiterInnenklasse im Südlibanon.

Der Einfluss des Irans in der Region wurde durch den Irakkrieg massiv gestärkt. Israel steht nach der Niederlage im Libanon dagegen unter Zugzwang um sein Prestige zu retten - das wird nicht nur den Konflikt mit den PalästinenserInnen wieder verstärken sondern kann auch zu Drohgebärden, wie gegenüber dem Iran und seinen Atomplänen, führen. Weltweit nehmen die Spannungen zwischen den imperialistischen Staaten zu. Russland spielt zunehmend eine Rolle als Energiemacht. Die Abhängigkeit der EU-Staaten von russischem Gas und Öl ist durch die diversen Erpressungsversuchen Russlands mit dem "Abdrehen der Gashähne" ins Be-

Was tragen MarxistInnen zum Wiederaufbau der ArbeiterInnenorganisationen bei?

Die Forderung nach dem Aufbau von neuen breiten ArbeiterInnenparteien propagiert das CWI nun seit fast rund Jahren. Während auf dem 8. Weltkongress 2002 allerdings noch viel stärker über die Perspektiven für die Entwicklung von neuen ArbeiterInnenparteien diskutiert wurde, war die Diskussion diesmal viel konkreter. Trotzdem handelt es sich bei den meisten Projekten um erste Schritte - allerdings sind diese oft entscheidend.

GEMEINSAMKEITEN & UNTERSCHIEDLICHE AUSFORMUNGEN DES PROZESSES

Eine internationale Entwicklungstendenz besteht darin, dass neue Partei-Projekte sich meist in Folge von Massenbewegungen und Klassenkämpfen (oft gegen Angriffe von Seiten sozialdemokratischer Regierungen) entwickeln. Noch beschränken sich die "Projekte" häufig auf die Wahlebene. Aufgrund der engeren Spielräume des Kapitalismus beweg(t)en sich neue Formationen auch in mehreren Fällen sehr schnell nach "rechts" - zumindest wenn sie die Logik des Kapitalismus akzeptieren. Hier liegt der Hauptgrund für ihre Instabilität und die oft harten, aber notwendigen Richtungskämpfe. Wie das Beispiel Lafontaines zeigt kann Individuen eine wichtige Rolle zukommen.

Immer deutlicher wird auch, welche ambivalente Rolle "traditionelle" linke Organisationen wie das Vereinigte Sekretariat der Vierten Internationale (USFI, in Österreich SOAL) oder die IST (in Österreich Linkswende) spielen können. So treten sie in solchen neuen Formationen offensiv gegen ein sozialistisches Programm ein. Und, wie im Fall der Linkswende in der WASG kooperieren sie teilweise offen mit jenen, die sozialistische Kräfte ausschließen wollen. In anderen Fällen schließen sie sich Regierungen an, die Sozialabbau betreiben, wie das das USFI in der brasilianischen PT tut.

DEUTSCHLAND: "LINKE EINHEIT" DARF NICHT RECHTE POLITIK RECHTFERTIGEN!

Aus den Erfahrungen in unterschiedlichen Ländern lassen sich wichtige Lehren ziehen:

Im Falle der WASG, wohin das Dogma "linke Einheit" führen kann, wenn diese zu einer Beteiligung an Angriffen auf den Lebensstandard

der ArbeiterInnenklasse führt. Die Vereinigung der WASG mit der Linkspartei-PDS war in dieser Form kein Fortschritt, weil dafür eben PDS-Sozialabbaupolitik geschluckt wurde. Die SAV (CWI in Deutschland) hat nicht nur die WASG - und damit die neue Linke - aktiv mit aufgebaut, sondern auch mit Lucy Redler an der Spitze der Berliner WASG gegen den Sozialabbau des Berliner Senats (SPD/PDS) kandidiert.

Mit der Vereinigung mit der PDS, so Lucy, ist nun zwar das erste Kapitel des Buches "Neue ArbeiterInnenpartei", das durch die Gründung der WASG aufgeschlagen wurde, beendet. Aufgrund der Rolle Lafontaines, der zwar die Vereinigung mit der PDS vorangetrieben hat, aber immer wieder zu linker Rhetorik durch Druck von unten gezwungen wird, ist es aber möglich das die neue Partei im Westen in der Zukunft wieder Anziehungspol für ArbeiterInnen werden kann. Im Osten und in Berlin sieht die Sache aufgrund der Beteiligung der PDS an Kommunalregierungen allerdings anders aus. Die konkrete Arbeit vor Ort kann sich demnach angesichts dessen, dass es sich um einen lebendigen Prozess handelt - selbst in einem Land für MarxistInnen unterschiedlich gestalten.

ANDERE BEISPIELE IN EUROPA

Einige Projekte wie die Sozialistische Partei (SP) in den Niederlanden, die PRC in Italien, oder die SSP in Schottland bestehen schon seit längerer Zeit. Der ehemals maoistische SP erzielte in den jüngsten Wahlen 20%. Die Vorgeschiede: in den Niederlanden gab es in der Vergangenheit eine wirtschaftliche Krise, ein heftiges Sozialabbauprogramm der Regierung und Massenstreiks als Reaktion darauf. Allerdings wächst jetzt der Druck auf die SP sich an einer Regierung zu beteiligen - "als kleineres Übel".

Die PRC in Italien ist derzeit trotz ihrer Unterstützung der Prodi-Regierung noch ein Anziehungspunkt für ArbeiterInnen und Jugendliche. Das kann sich aber ändern, wenn sie nicht Kämpfe und Massenproteste gegen den Sparkurs Prodis organisiert. In Schottland gelang es der vor wenigen Jahren gegründeten Schottischen Sozialistischen Partei (SSP), sechs Parlamentssitze zu erobern. Die SSP geriet jedoch schnell in eine tiefe Krise. Maßgeblich dafür war ein politischer Rechtsschwenk der Parteispitze,

die Illusionen in ein unabhängiges Schottland auf kapitalistischer Basis verbreitet. Damit einher gehend spitzten sich persönliche Konflikte zu. In diesem Sommer kam es zur Spaltung. Unter Führung der Abgeordneten Tommy Sheridan und Rosemary Byrne, aber auch unter der Beteiligung von CWI-Mitgliedern, wurde die Schottische Sozialistische Bewegung (SSM) aus der Taufe gehoben. Zur Gründungsveranstaltung kamen 600 TeilnehmerInnen.

BRASILIEN UND WEITERE KAMPAGNEN

Auch in der PSOL in Brasilien spielen CWI Mitglieder eine wichtige Rolle. Socialismo Revolucionario (CWI in Brasilien) trat vor allem gegen eine ausschließliche Ausrichtung auf die Wahlebene ein, auf die die PSOL-Führung und die bekannteste VertreterIn, Helena Heloisa, den Schwerpunkt gelegt hatte. Bei den Präsidentschaftswahlen kam die PSOL auf über fünf Prozent. Dennoch wird es in Zukunft wichtig sein, mehr Gewicht auf die Unterstützung und Organisation von Bewegungen und Kämpfen der ArbeiterInnenklasse zu legen.

Kampagnen für neue ArbeiterInnenparteien sind momentan in Belgien und Britannien im Entstehen. In Belgien ist dieses Projekt schon konkreter wo drei Ex-Parlamentariern/Gewerkschaftern eine solche Kampagne unterstützen. Es gab bereits eine sehr erfolgreiche Konferenz, sowie eine intensive Teilnahme und Unterstützung der Streiks bei VW. Die Bedingungen in Belgien für ein erfolgreiches Projekt sind gut. In den vergangenen Jahren gab es hier zwei Generalstreiks, welche die Frage nach einer politischen Alternative aufwarfen.

In Britannien gibt es die "Campaign for a new Workers Party". Es wurde von der Socialist Party (CWI in England und Wales) initiiert und baut hauptsächlich auf GewerkschafterInnen auf, die für dieses Projekt eintreten. Die Herangehensweise des CWI ist dabei jene, dass wir zwar für ein sozialistisches Programm eintreten, das aber nicht als Bedingung stellen, da die AktivistInnen und ArbeiterInnen selbst entscheiden müssen, welches Programm nötig ist. CWI-Mitglieder betonen aber in Diskussionen, dass ein sozialistisches Programm nötig ist, um erfolgreich Sozialabbau verhindern und Verbesserungen erkämpfen zu können.

For a socialist world!

wußtsein gerückt. Mit China - einem Staat "in Transformation, mit Elementen von verstaatlichten Industrien, Staatskapitalismus und privaten Wirtschaftssektoren, auf dem Weg in Richtung einer sehr eigenen Form von Kapitalismus" - erwächst den USA ein neuer mächtiger Gegner.

KLASSENKÄMPFE IN EUROPA

Die Labilität der Weltwirtschaft wirkt sich auch auf die Situation in Europa aus. Es gab zwar ein gewisses Wachstum in den EU Ländern. Allerdings war dieses sogar niedriger als das Wachstum im Jahr 2000 - und steht auf wackeligen Beinen. Angesichts dieser dünnen wirtschaftlichen Basis scheuen viele Regierungen in Europa davor zurück, die neoliberalen Angriffe auf den Sozialstaat und die ArbeiterInnenklasse abzuschwächen. Aufgrund des fortgesetzten Sparurses kam es in den letzten Jahren immer wieder zu Klassenkämpfen, und zwar nicht nur im Fall der "üblichen Verdächtigen" - Frankreich, Italien, Griechenland - sondern auch in Ländern wie Österreich oder den Niederlanden. Die Referenden zur EU-Verfassung dort und in Frankreich waren ein Schlag gegen die herrschende Klasse und drücken die breite Ablehnung von Neoliberalismus aus, die sich fast durch ganz Europa zieht. Kaum ein Jugendlicher glaubt heute noch daran, eine bessere Zukunft als die Elterngeneration zu haben. Viele sind unzufrieden mit der Richtung, in die sich die Gesellschaft entwickelt. Wenn neue Regierungen gewählt werden, so meist nur als (vermeintlich) kleineres Übel, also um die alte Regierung los zu werden. Die ArbeiterInnenklasse hat teilweise keine andere Wahl als zu kämpfen, wenn sie ihren Lebensstandard verteidigen will. Ein Hindernis dabei sind leider meistens die Gewerkschaftsführungen in den einzelnen Ländern - doch auch sie können zum Handeln gezwungen werden, da sie sich dem Druck von unten nicht entziehen können. Wie das geht, haben z.B. die Bewegungen gegen den CPE in Frankreich gezeigt und jene gegen Bildungsabbau in Griechenland.

KRISE DER EU

Die Stimmung der herrschenden Klasse selbst ändert sich fast monatlich von euphorisch bis deprimiert. Ihr zentrales Projekt - die EU - steckt in der Krise. Die Lissabon Agenda ist mehr oder weniger gescheitert, weitere EU-Erweiterungen werden in die Ferne geschoben. Schon jetzt hat die erweiterte EU Schwierigkeiten, die unterschiedlichen nationalen Interessen der einzelnen Mitgliedstaaten unter einen Hut zu bringen. Spannungen untereinander nehmen zu. Auch die Zukunft des Euro ist ungewiss. In Ländern wie Italien sorgt er für Probleme, da es nun nicht mehr möglich ist durch Währungs-

abwertungen Exporte billiger zu machen. Die Standortverlagerungen nach Osteuropa oder China haben in manchen Ländern zu einer gewissen Deindustrialisierung und damit auch zu einer Veränderung innerhalb der ArbeiterInnenklasse geführt. Vor allem aber wird die Standortlogik benutzt, um Löhne zu drücken und Sozialabbau durchzusetzen. In ähnlicher Weise setzen die herrschenden Klassen auf Arbeitsmigration, um auf billige Arbeitskräfte zugreifen zu können. Die Angst vor Lohndruck und Arbeitsplatzverlust wird wiederum von rassistischen Kräften benutzt. Allerdings nehmen auch Konflikte zwischen einzelnen Gruppen von MigrantInnen zu. Internationale Solidarität und ArbeiterInneneinheit für gleiche Löhne und gleiche Rechte für Alle ist die einzige Art und Weise wie der Teile-und-Herrsche-Taktik der Herrschenden der Wind aus den Segeln genommen werden kann. Die ArbeiterInnenklasse in Osteuropa will nach 15 Jahren Neoliberalismus auch endlich Verbesserungen in ihren Lebensstandards sehen - gerade nach all den mit dem EU-Beitritt verbundenen Versprechen und einem gewissen wirtschaftlichen Wachstum.

LATEINAMERIKA

Die Entwicklungen in Lateinamerika und besonders in Venezuela, Bolivien und Kuba stehen zur Zeit nicht nur im Zentrum der weltweiten Wahrnehmung. Sie waren auch ein wichtiger Diskussionspunkt des 9. CWI-Weltkongress. Chavez sorgte zuletzt nach seiner Wiederwahl mit der Ankündigung Electricidad de Caracas und CANTV zu verstaatlichen und die lukrativen Ölprojekte im Orinoco-Becken unter die Kontrolle der Regierung zu stellen, für Aufsehen. In seiner Rede vom 9. Januar sagte er nicht nur: "Wir bewegen uns in Richtung einer sozialistischen Republik Venezuela". Er bezog sich auch auf die Ideen von Marx, Lenin und Trotzki: "Ich bin sehr deutlich auf (Leo) Trotzki Linie - der Permanenten Revolution." Chavez reagiert damit auf den Druck von Seiten der Massen. Seine Äußerungen sind weltweit von Be-

deutung, da sie die Ideen von Verstaatlichung, Sozialismus und der Permanenten Revolution wieder auf die politische Landkarte zu bringen. Allerdings bleibt er sehr vage, was er unter Sozialismus versteht, wendet die Methoden Trotzki nicht an und bleibt auch in der Frage der Verstaatlichung zögerlich. Die Aufgabe von MarxistInnen ist es, zu erklären, wie eine sozialistische Gesellschaft tatsächlich aussehen müsste, worin die Ideen Trotzki tatsächlich bestehen und was sie für Venezuela konkret bedeuten würden.

In vielen lateinamerikanischen Ländern hat es neue Massenbewegungen gegeben. In Mexiko hat es nach dem Wahlbetrug durch Calderon Streiks von LehrerInnen sowie einen Aufstand und eine "Volksversammlung" in Oahaca gegeben; in Chile eine SchülerInnenbewegung gegen die neue Präsidentin Bachelet, die den neoliberalen Kurs ihrer Vorgänger fortsetzt. Während in Venezuela Chavez auf einen gewissen Spielraum aufgrund des lange Zeit hohen Ölpreises zurückgreifen konnte, ist die Situation in Bolivien viel stärker zugespitzt. Morales geht in der Verstaatlichung auch nur den halben Weg - allerdings steht er unter größerem Druck als Chavez. Bolivien steht mittlerweile an der Kippe zum Bürgerkrieg. In beiden Fällen ist es die Gefahr einer Konterrevolution, die mobilisierend auf die Massen gewirkt hat. In Venezuela waren die Massen während der Wahlen relativ passiv, das änderte sich jedoch sobald die Opposition mobilisierte. Gleichzeitig besteht aber nach wie vor die Gefahr, dass die Konterrevolution zuschlägt - was ein Rückschlag für die ArbeiterInnenbewegung weltweit wäre. Ein Problem in Lateinamerika ist nach wie vor das häufige Fehlen von unabhängigen Organisation der ArbeiterInnenklasse. In Brasilien gibt es mit der PSOL die sich als Reaktion auf Lulas Neoliberalismus gebildet hat, einen ersten Ansatz in Richtung neue ArbeiterInnenpartei. Lula war wie Kirchner in Argentinien als Opposition zum Neoliberalismus an die Macht gekommen. Er setzte aber schließlich selbst Angriffe auf die Ar-

beiterInnenklasse, wie die Pensionsreform im Öffentlichen Dienst, um.

SOZIALISTISCHE ALTERNATIVE NÖTIG

Die Massenbewegungen in Lateinamerika und das Wiedererwachen sozialistischer Ideen sind weltweit von enormer Bedeutung. Der Linksruck in Lateinamerika ist ein Ergebnis von 15 Jahren Neoliberalismus und rasch wechselnden Regierungen, die keine Verbesserung der Situation bieten konnten. Die Bewegungen haben Auswirkungen auf das Bewusstsein der Massen in anderen Teilen der Welt - z.B. auch als Alternative zum islamischen Fundamentalismus im Nahen Osten. Sie haben aber auch Auswirkungen auf die ArbeiterInnenklasse in den USA. Die MigrantInnenbewegung 2006 wurde zum Großteil von Latinos/as getragen. Und nicht zuletzt haben sie bewirkt, dass Kuba im Unterschied zu den 90er Jahren nicht mehr isoliert ist.

Die zentrale Schlussfolgerung der 7tägigen Diskussionen besteht aus meiner Sicht in der Notwendigkeit einer internationalen sozialistischen Kraft, einer revolutionären Internationalen, welche den Grundstein für den Aufbau einer weltweiten sozialistischen Gesellschaft legen kann. Die Gefahr der Konterrevolution in Lateinamerika, die Situation im Nahen Osten, die elende Lebenssituation der Mehrheit der Menschen, aber auch die wachsende Kluft zwischen Arm und Reich in den westlichen Industriestaaten machen deutlich, wie dringend nötig eine sozialistische Veränderung der Gesellschaft ist.

Großes Bild: Lucy Redler, Deutschland Kleine Bilder: GenossInnen aus Nigeria, Kasachstan, Venezuela & Indien

VERANSTALTUNG

CWI around the World
SLP-Salzburg am 15. Februar um 19.00
"Shakespear" - Nähe Mirabellplatz



Nach dem gebrochenen Wahlversprechen:

Studiengebühren abschaffen! Aber wie?

von Lisa Wawra, SLP-Wien

Die 2001 von der schwarz-blauen Regierung eingeführten Studiengebühren bewirkten vor allem eins: Eine weitere Verschärfung der Bildungsdifferenzen zwischen den Sprösslingen des Bürgertums und den Kindern der Arbeiterklasse. 45.000 StudentInnen mussten direkt nach der Einführung ihr Studium abbrechen. Mittlerweile müssen 2/3 aller Studierenden, vor allem diejenigen ohne zahlungskräf-

abzuschaffen, wurde etwas anderes vorgeschlagen: Die Studierenden sollen die Möglichkeit bekommen, die EUR 363,36 pro Semester in diversen Einrichtungen abzurufen, und zwar zu einem Stundenlohn von umgerechnet sechs Euro! Die Befürworter, allen voran Dr. Gusenbauer, versuchen diese Regelungen durch Appelle an die "Moral" für die Betroffenen schmackhafter zu machen. Dieser "Dienst an der Gesellschaft", der ja sowieso nur von "Bum-

schaftskammer & Co. begeistert von dem Vorschlag der SPÖ sind.

Die Nichteinhaltung des Wahlversprechens der SPÖ hat gerade bei den Studierenden großen Unmut und Wut auf die SPÖ erzeugt. Das entlud sich auf der Studierenden demo am 11.1.2007, wo über 2000 Studierende auf die Straße gingen um ihrem Ärger Luft zu machen. Auch die SPÖ-nahe Studierendenorganisation VSSTÖ und die Österreichische HochschülerInnenschaft

Offizielle Reaktionen zu den Austritten von ÖH-Vorsitzender Barbara Blaha und der VSSTÖ-Vorsitzenden Kuba sind selten bis nicht vorhanden, sogar die jeweiligen Webseiten berichten nichts über weitere Schritte.

Der Studierendenprotestbewegung geht es bis jetzt ausschließlich um die Abschaffung der Studiengebühren. Anstatt die Bewegung zu nutzen, die Forderungen auszuweiten und gegen das gesamte Regierungsprogramm an sich zu protestieren, wird eher abgeschwächt, weitergebuckelt und studiert, selbst wenn's keine/n mehr so richtig interessiert unter diesen Bedingungen lernen zu müssen.

SO GEHT'S RICHTIG:
GRIECHENLAND

Ab 8. Mai 2006 kam es zu den größten Studierendenstreiks seit 15 Jahren. Grund dafür war der neue Gesetzesentwurf der Regierung. Dieser sah folgendermaßen aus: Ein/e Student/in, die ihr/sein Studium zwei Jahre nach der normalen Studiendauer nicht vollendet habe, sollte der Universität verwiesen werden, Abschaffung der Gratis-Bücher. Außerdem sollte ein Artikel gestrichen werden, welcher ein Verbot, eine private Universität zu gründen, beinhaltet.

Über 100.000 Studierende antworteten mit Protesten in Form von Universitätsbesetzungen und Massendemonstrationen. Die Gewerkschaften riefen zu Solidaritätsstreiks auf. Die Regierung musste letztlich das Gesetz vorläufig zurücknehmen. Dieses Beispiel zeigt somit nicht nur wie wichtig es ist, dass sich die Gewerkschaften mit den Studenten und Studentinnen solidarisieren. Entscheidend ist: Widerstand kann durchaus erfolgreich neoliberale Maßnahmen zurückschlagen und eine Regierung durch den Druck von "Unten" in die Knie gezwungen werden.



tige elterliche Sponsoren, neben dem Studium arbeiten, um sich das ganze überhaupt leisten zu können. Stipendien werden ja nach wie vor nach dem Einkommen der Eltern vergeben, unabhängig davon wieviel der/die Studierende von diesen Eltern erhält. Auch mussten immer mehr Studierende einen Kredit aufnehmen, um überhaupt studieren zu können.

melstudenten" verweigert würde, ist vor allem eines: Gusenbauers Liebesdienst an der Wirtschaft.

Da immer mehr StudentInnen einen Job neben dem Studium annehmen müssen, um sich dieses finanzieren zu können, fungieren sie schon jetzt als billige Arbeitskräfte und Lohn-Drücker.

ENTSOLIDARISIERUNG DURCH
LOHNDUMPING

Abgesehen von der Tatsache, dass man derzeit in jedem anderen Job als Studierender mehr als sechs Euro pro Stunde bezahlt bekommt, wird durch die neue Regelung auch der Druck auf derzeitige ArbeitnehmerInnen bzw. Arbeitssuchende erhöht, Jobs mit weniger Lohn anzunehmen. Kein Wunder, dass Leitl, Wirt-

ÖH mobilisierten, wenn auch etwas spät, zur Demo. Die Jugendorganisation der SPÖ, die SJ, besetzte Tags zuvor die SPÖ-Zentrale und stellte ihre Forderungen.

WIE ENTWICKELT SICH DIE
PROTESTBEWEGUNG?

Nach der Demo gab es im Audimax ein Plenum, wo beraten wurde, was weiter zu tun sei. Dieses Plenum verlief wie leider all zu viele Diskussionen: ergebnislos. Weder der VSSTÖ, noch die ÖH oder irgendeine andere Studierendorganisation versuchte am ÖGB-Kongress, welcher einen idealen Ort darstellte, BündnispartnerInnen zu finden. Nur die ÖH-Vorsitzende Barbara Blaha hielt eine kämpferische Rede vor dem versammelten ÖGB und erhielt Riesenapplaus.

WAHLVERSPRECHEN ABSCHAF-
FUNG DER STUDIENGEBÜHREN

Die Aussage: "Weg mit den Studiengebühren!" brachte der SPÖ sicher nicht wenige hoffnungsvolle Wählerstimmen von Studierenden; Hoffnungen, die bitter enttäuscht wurden. Anstatt an dem Versprechen festzuhalten und die Studiengebühren bedingungslos

Aktiv gegen feige Nazis und Gusi

Vorwärts hat in den letzten Ausgaben über die wachsende rechte Gefahr berichtet. Insbesondere der bisher v.a. in OÖ aktive BFJ versucht in jüngster Zeit in Wien Fuß zu fassen. Die Tatsache, dass wir die Rechten nicht einfach werken lassen, hat Ende 06 zu einem feigen Anschlag geführt. BFJler verschafften sich Zutritt zu dem Haus, in dem sich das Büro der SLP befindet und klebten ihre widerlichen, rassistischen Pikerln auf unsere Bürotür. Dieser feige Versuch, uns einzuschüchtern, wurde am 21.12. durch eine antifaschistische Demonstration zum Heim der Mutterorganisation des BFJ, der AFP in Wien 16, beantwortet. Die rechten Helden wagten sich nicht aus ihren Löchern, sondern klebten nur neuerlich ein paar Pikerln auf unsere Tür. Es war ihnen sichtlich un-

angenehm, dass wir die AnrainerInnen des AFP-Heims darüber informierten, wer sich dort eigentlich trifft.

Unsere Aktivitäten u.a. gegen den BFJ waren für Oscar (16) ein Grund, der SLP beizutreten: "Eine Gesellschaftsveränderung ist notwendig. Wir müssen für unsere Ideale aktiv zu kämpfen wissen und uns Organisieren, sonst werden wir stumm gemacht. Die SLP bietet genau die richtigen Antworten, was verändert gehört und mit welchen Mitteln. Sie gibt meiner Meinung eine Stimme."

PROTESTE GEGEN
MÜNCHHAUSEN-GUSI

Die SLP beteiligte sich vom ersten Tag an an den Protesten gegen die neue Regierung. Viele SLP-Mitglieder waren früher selbst in der SJ und der SPÖ ak-

tiv, bis wir 1992 ausgeschlossen wurden, weil wir gegen den EU-Beitritt waren. Wir haben bei den Protesten bei der SPÖ-Zentrale sowie der Angelobung vorgeschlagen, dass Linke in- und außerhalb der SPÖ gemeinsam für die Abschaffung der Studiengebühren und gegen das gesamte Sozialabbauprogramm mobilisieren müssen. Wir haben auch vorgeschlagen, die Proteste mit dem Unmut der Gewerkschaftsbasis zu verbinden.

Dass dieser Unmut da ist, hat sich deutlich am ÖGB-Kongress Ende Jänner gezeigt. Wir unterstützten die Resolution der Plattform für kämpferische und demokratische Gewerkschaften, dass GewerkschafterInnen keinen Verschlechterungen zustimmen dürfen und dagegen Widerstand organisieren. Die Resolution stieß auf

reges Interesse - um so stärker, je niedriger die Funktion. Die Plattform und die SLP waren die einzigen Organisationen, die während des gesamten ÖGB-Kongresses anwesend waren und mit Delegierten und TeilnehmerInnen diskutierten. Denn Angesichts der Krise des ÖGB und der drohenden Angriffe durch die neue Regierung ist es von entscheidender Bedeutung, was die Gewerkschaft tut.

SPENDEN

Unsere Arbeit kostet Geld. Daher bittet die SLP um Spenden. Am besten regelmäßig (Dauerauftrag). Ab EUR 7,- pro Monat gibt's alle Publikationen der SLP (inkl. Broschüren) per Post nach Hause - ein "All-Inclusive-Abo" eben. **PSK 8812.733**

SLP IN EIGENER SACHE

Die SLP-Treffpunkte

LINZ

jeweils Montag, 17.30 Uhr,
"Alte Welt", Linz, Hauptplatz 4

NIEDERÖSTERREICH

nicht regelmäßig, Infos unter 01/524 63 10 oder slp@slp.at

SALZBURG

Salzburg Stadt
jeweils Donnerstag, 19.00 Uhr,
"Shakespeare", Salzburg, Hubert-Sattler-G. 3 (Mirabellplatz)

Radstadt

SLP-Treffen erfragen unter 0664 7831367

WIEN

Jugend-Gruppe
jeden Montag um 19 Uhr,
Amerlinghaus, 7., Stiftgasse 8, (U2, U3 Volkstheater, 48A, 49)

SLP Wien-West

jeden Mittwoch um 19 Uhr,
Fünfhäuser Stüberl, 15., Löhrigasse 13, (U3, U6 Westbahnhof)

SLP Wien-Nord

jeden Donnerstag um 18 Uhr,
Piwnica, 20., Jägerstr. 38, (U6 Jägerstraße, U4 Friedensbrücke)

SLP Wien-Süd

jeden Montag um 19 Uhr,
Bunte Kuh, 5., Ecke Zentagasse/Siebenbrunnengasse
(U4 Pilgramgasse, S-Bahn Matzleinsdorfer Platz)

In Ihrer Nähe gibt es noch keine SLP-Gruppe? Wir unterstützen Sie gerne als individuelles Mitglied beim Aufbau von Aktivitäten.



VORWÄRTS ist die Zeitung für
Widerstand, Solidarität und Sozialismus.

VORWÄRTS ist parteiisch: Immer für
ArbeitnehmerInnen, Frauen und Jugendliche.

VORWÄRTS ist unabhängig vom großen Geld,
aber abhängig von seinen UnterstützerInnen.

Abonnement bestellen:

Tel.: 01/524 63 10

oder EUR 18,00* an PSK 8812.733 überweisen.

Namen, Anschrift und Kennwort "Abo" nicht vergessen!
*Sozialpreis für Menschen ohne eigenem Einkommen EUR 10,00
Alle Preise für 10 Ausgaben inkl. Porto und Versand

www.slp.at



*www.slp.at bringt aktuelle
Berichte von gewerkschaftlichen und
politischen Aktionen aus aller Welt und
Analysen zu aktuellen Themen aus
Österreich und der ganzen Welt.
Regelmäßig vorbeischauen lohnt sich!*



Neues aus dem CWI



Regierungsterror in Sri Lanka

Am 9. Jänner konnten Sirtunga Jayasuriya und weitere AktivistInnen des United Peoples Movement (UPM) in Sri Lanka nur knapp einem bewaffneten Angriff entkommen. Angeführt wurde der Angriff durch ca. 100 Schläger von einem stellvertretenden Minister der Regierung, Mervyn Silva.

UNSER GENOSSE SIRI SCHILDERT DEN VORFALL:

“Es sollte die erste öffentliche Kundgebung (Bild) des “United People’s Movement” (UPM) sein. Die UPM ist ein Bündnis aller politischer Kräfte und Parteien, die gegen den Krieg und Hunger sind und gegen die repressiven Gesetze der Regierung. Dies war unsere erste Massenmobilisierung seit die neue Regierung an die Macht gekommen ist. Wir hatten eine große Resonanz auf unsere Plakate und haben bis zu zehntausend Teilnehmer für die Kundgebung erwartet.

Am Tag vorher teilte uns die lokale Polizeibehörde mit, dass wir die Veranstaltung absagen sollten, da sie nicht für unsere Sicherheit sorgen könnte. Ich entgegnete ihnen, dass wir selber für die notwendige Sicherheit sorgen würden und dass es sich um eine vollkommen legale Veranstaltung handelt.

Neunzig Minuten vor Beginn der Veranstaltung, als die meisten Helfer gerade zum Mittagessen unterwegs waren, hielt ich mich mit einigen anderen in der Nähe der Rednerbühne auf. Plötzlich wurde es laut und wir sahen, wie über hundert Leute auf die Bühne stürmten. Sie begannen die Lautsprecher und die ganze Ausstattung zu zertrümmern. Ich ging hin um zu sehen, was dort vor sich ging.

Dort sah ich Mervyn Silva, einen stellvertretenden Minister. Er führte die Bande an. Ich wollte sie fragen, was sie dort tun, da rief eine kleine Gruppe von ihnen: “Das ist er!” und begann, mich zu verfolgen. Ich konnte über einen Parkplatz wegrennen und in einen Supermarkt flüchten. Die Gangster fingen an die Scheiben einzuschlagen und folgten mir. Ich rannte in ein anderes Geschäft, konnte entkommen und so mein Leben retten.”

Die weltweiten Proteste werden auch von der SLP unterstützt! Auch von Ihnen/Dir?

Der alltägliche Wahnsinn des Kapitalismus

von Jan Rybak SLP-Salzburg

Auf der einen Seite steigende Gewinne, auf der anderen Seite bittere Armut. Das ist das, was uns der Kapitalismus jeden Tag zeigt.

- 2,7 Milliarden Menschen – beinahe die Hälfte der Weltbevölkerung – müssen von weniger als zwei Dollar pro Tag leben.
- 1960 war der Unterschied zwischen den reichsten 20% und den ärmsten 20% der Weltbevölkerung 30:1. Bis 1997 ist er auf 74:1 angewachsen und Ende 2005 betrug er bereits gigantische 150:1!
- Die reichsten 10 % der Weltbevölkerung besitzen 85% des Reichtums.
- Die 37 Mio. reichsten Menschen besitzen unvorstellbare 125 Billionen (!) Dollar, und damit 40% des weltweiten Vermögens.
- Der exklusive Club derer, die mehr als eine Million USD besitzen ist in den letzten Jahren auf 8,7 Millionen Menschen angewachsen.
- Gab es in den 80er Jahren durchschnittlich 15 Hungersnöte pro Jahr, so sind es mittlerweile ca. 30 jährlich.

DRUCK ZU IMMER MEHR PROFIT

Die Entwicklung der Produktivkräfte (verbesserte Maschinen, schnellerer Transport, etc.), hat dazu geführt, dass immer mehr Produkte, immer billiger hergestellt werden konnten. Kapitalismus bedeutet den Zwang zur immer schnelleren Steigerung der Profite; das gilt auch wenn der Weltwirtschaftsmotor

Reicher Mann und armer Mann

Standen da und sahn sich an.

Und der Arme sagte bleich:

Wär' ich nicht arm, wärst du nicht reich.

Bertolt Brecht

schon längst nicht mehr so brummt wie in den 1950er und 60er Jahren. Bei sinkenden Wachstumsraten sind massiver Arbeitsdruck, längere Arbeitszeiten, Entlassungen und sinkende Reallöhne die Strategien, welche die Unternehmer parat haben, um ihre Profitraten zu verbessern. "Wir müssen den Gürtel enger schnallen" gilt aber ganz offensichtlich nicht für jene PolitikerInnen und Firmenbosse, die diesen Satz gebetsmühlenartig wiederholen. Denn gleichzeitig sind die Gehälter amerikanischer ManagerInnen heute 300 (!) Mal höher als das Durchschnittseinkommen.

GLOBALISIERUNG SCHAFFT KEINE GERECHTE VERTEILUNG

Die klassische kapitalistische Wirtschaftstheorie besagt: Durch globalen Wettbewerb und Verlagerung wächst allmählich der Wohlstand für alle. Tatsächlich bedeuten die Verlagerungen für die ArbeiterInnen in Westeuropa und den USA den Verlust ihres Arbeitsplatzes. Für die ArbeiterInnen an den neuen Produktionsstandorten bedeutet Verlagerung, dass sie unter barbarischsten Bedingungen ausgebeutet werden; so liegt der

Mindestlohn in der chinesischen "Boomregion" Guangdong bei 35 Cent/Stunde). Widerstand dagegen wäre nicht gut, so die kapitalistische Doktrin, die in diesen Staaten dann oft mit brutaler Gewalt durchgesetzt wird; man würde ja sonst seinen "Wettbewerbsvorteil" verlieren. Auch in Westeuropa und den USA ist Armut mittlerweile zum Massenphänomen geworden. In den USA - wo auch die meisten Milliardäre leben - gelten heute 12,7% der Bevölkerung als arm; die Dunkelziffer dürfte um eini- ges höher liegen.

JEDER IST SEINES GLÜCKES SCHMIED?

Das neoliberale Konzept behauptet, dass es jeder (!?) "vom Tellerwäscher zum Millionär" schaffen kann, wenn er nur wirklich will. Die Realität sieht aber vollkommen anders aus. Tausende Menschen verhungern täglich, sterben an eigentlich leicht zu behandelnden Krankheiten oder verschmutztem Trinkwasser. Milliarden werden arm geboren und bleiben es auch; und zwar nicht weil sie faul oder dumm wären! Geplatze Spekulationsblasen und Wirtschaftskrisen gehören ebenfalls zum Kapi-



talismus; sie vernichten mit einem Schlag unzählige Existenzen. Sind alle, die davon betroffen sind, selber schuld?

KAPITALISMUS IST KEIN NATURGESETZ

Der einzige Weg den Teufelskreis von gigantischen Profiten und unendlicher Armut zu durchbrechen, ist der Sturz eben dieser Gesellschafts"ordnung", die dafür verantwortlich ist. Der Kapitalismus hat sich historisch überlebt: Für

die Mehrheit der Menschen bietet er keine andere Perspektive außer Armut und Unterdrückung. Es gilt ihn zu stürzen und eine neue Gesellschaft aufzubauen. Eine Gesellschaft ohne Ausbeutung und Armut, frei von Hunger und Unterdrückung. Eine sozialistische Gesellschaft, in der die Interessen der Mehrheit der Menschen im Zentrum der Wirtschaft stehen, welche Solidarität und nicht Profitgier befügelt.

Friedenobelpreis für kapitalistische Ideologie: Mikrokredite gegen Armutsfalle?

Das zynische Konzept des Neoliberalismus

von Sonja Grusch, SLP-Wien

Nachdem der "Banker" Muhammad Yunus den Friedensnobelpreis erhalten hat, ist sein Konzept der Mikrokredite endgültig zum Darling der Entwicklungspolitik geworden. Menschen, die sonst keinen Zugang zu Krediten haben, erhalten Kleinstkredite, die über ein straff organisiertes Netzwerk von anderen KreditnehmerInnen verteilt, verwaltet und kontrolliert werden. NGOs, Regierungen und internationale Organisationen wie die UNO setzen auf Mikrokredite - das macht misstrauisch. Auffallend ist, dass es zwar eine Reihe herz- erweichender Geschichten über Einzelschicksale gibt (Frau kauft Mikrokredit, kauft Kuh, verkauft Milch, ist weniger arm und selbstbewusster) aber keine größere Bilanz des Konzepts.

PYRAMIDENSPIEL IN DIE SCHULDENFALLE

Letztlich funktionieren Mikrokredite wie ein Pyramiden-

spiel. Oft müssen neue "Mitglieder" angeworben werden, um selbst einen Kredit zu bekommen. Kreditwürdig sind nur Menschen, die eine Chance haben, den Kredit zurück zu zahlen – wer z.B. arbeitsunfähig ist, kriegt keinen Kredit.



dit. Da die Kredite häufig aufgenommen werden, um ein akutes Finanzloch zu stopfen (Tod eines Angehörigen, Missernte) entstehen Schulden, denen keine künftigen Einnahmen gegen-

überstehen. Oft wird die Kreditvergabe an Bedingungen geknüpft – z.B. in Indien daran, einen "Shop" zu eröffnen. Menschen werden angehalten, sich aus der Landwirtschaft zurückzuziehen und in den Dienstleistungssektor zu wechseln. Scheitert das Projekt – was oft genug der Fall ist, da es nicht mehr KundInnen gibt als bisher – dann stehen die KreditnehmerInnen ohne Land/Ernte aber mit Schulden da.

MIKROKREDITE ALS GESCHÄFT FÜR BANKEN

Mikrokredite sind eine gute neue Investitionsmöglichkeit für Banken. Die Zinsen liegen meist bei 30, 40 oder mehr Prozent pro Jahr. Der Großteil der Arbeit wird von den KreditnehmerInnen selbst geleistet. Das Risiko für die Bank ist gering, da das Pyramiden-System für Rückzahlungsraten von über 90% sorgt und es noch Ausfallhaftungen der jeweiligen Regierung gibt. Da wundert es auch

nicht, dass sich profitorientierte Banken wie die Bank of India, die Weltbank-Tochter FTC, der Soros Economic Development Fund oder der resonsAbilityGlobal Microfinanc Fund (ein Fond an dem diverse schweizer Banken beteiligt sind) auf das offensichtlich lukrative Geschäft stürzen.

TRÜGERISCHE HOFFNUNG

Die kritischen Untersuchungen zeigen, dass Mikrokredite keinesfalls Armut beseitigen. Gerade Frauen werden häufig in die Verschuldung getrieben, an ihrer Abhängigkeit in patriarchal geprägten Gesellschaften ändert sich nichts. Mikrokredite sind v.a. ein Propagandainstrument, um die sinkende "Entwicklungshilfe" der Staaten zu argumentieren und die Verantwortung des Kapitalismus mit dem zynischen Argument "Mikrokredite bieten jedem/r den Weg aus der Armut" zu leugnen.

Der ganze Artikel ist unter www.slp.at nachzulesen.

VORWÄRTS

sozialistische zeitung

Solidaritätspreis: EUR 2,00

Preis: EUR 0,80

Nummer 162

Februar 2007

Statt der
Verharmlosung
durch die
SPÖ-Spitze:

Gemeinsam gegen FPÖ & Terror-Nazis!

von Franz Breier jun.,
SLP-Wien

Seit langem warnen antifaschistische Organisationen vor der Zunahme rechtsextremer Bedrohungen. Der Rechtsextremismus erscheint in vielerlei Gestalt: Abgeordnete mit Krawatte und Anzug hetzen gegen AusländerInnen oder Linke, militante Nazi-Gruppen versuchen diese Hetze durch Terror und Anschläge auf die Straße zu tragen. Gibt es in der rechtsextremen Szene auch etliche Trennlinien und Konflikte, so laufen sie mitunter in der FPÖ wieder zusammen.

WAS BEWEISEN DIE
STRACHE-FOTOS?

Die aufgetauchten Fotos über den FPÖ-Vorsitzenden

rufen die langjährige Existenz militanter rechtsextremer Organisationen, deren terroristisches Potential, sowie die Verbindungen dieser Gruppen zur FPÖ in Erinnerung. Es handelt sich hier nicht um einen einmaligen Ausrutscher eines "dummen Buben", sondern um ein Milieu, welches den heutigen FPÖ-Vorsitzenden offenbar politisch entscheidend mitgeprägt hat. Die Beweise dafür liefert Strache durch seine Kampagnen gegen AusländerInnen, denen jede Trennschärfe zu den Parolen des rechten Randes fehlt, praktisch tagtäglich. Die Neo-Nazi-Organisation "BFJ-Bund freier Jugend" (ÖÖ) rechtfertigt auf ihrer Homepage ihre eigene Hetze nicht umsonst genau mit diesem Umstand: "Geordnete Heimreise, statt Einreise. Bei uns ist

das angeblich NS-Wiederbetätigung. Heute verwendet die FPÖ ungestraft diesen Satz." (BFJ, 2007) Die Strache-Fotos führen uns somit drastisch vor Augen, wie notwendig der Kampf gegen Rechtsextremismus und Nazi-Gewalt ist. Schlagstöcke, Kampfanzug und Nazigruß – das ist nicht erst seit den aktuellen Enthüllungen bekannt. Die SLP ist seit vielen Jahren aktiv, um diese Verbindungen aufzuzeigen und dagegen zu mobilisieren. Dafür ist sie nun verstärkt Attacken aus der rechten Szene ausgesetzt.

NAZIS ATTACKIEREN
SLP-BÜRO

Schon mehrfach wurde das Büro der SLP Ziel von Angriffen

mit rechtsextremen und rassistischen Hetz-Aufklebern. Drohanrufe und Belästigungen nehmen zu. Auch wenn bisher "nur" Sachschaden entstand: die weitere Radikalisierung dieser Szene zeichnet sich ab. Übergriffe auf diverse antirassistische und fortschrittliche Organisationen und deren AktivistInnen sind nicht unwahrscheinlich.

Es gibt Verbindungen von jungen FPÖ-Aktivistinnen und jenem Heim im 16. Wiener Bezirk, in dem sich auch der BFJ trifft. Dort wurden bereits sogar Waffen beschlagnahmt – und das waren keine harmlosen Gotcha- oder Paintball-

Pistolen. Ende 2006 organisierten wir gemeinsam mit anderen AntifaschistInnen bereits zwei erfolgreiche Kundgebungen bzw. Demos gegen dieses "Stüber-Heim" in Wien Ottakring. 2007 werden wir solche Aktivitäten fortsetzen und ausdehnen. Viele AnrainerInnen fürchten zurecht die Gefahr, die von diesem Nazi-Treffpunkt ausgeht.

Beteiligen Sie sich daran! Melden Sie sich bei uns, um über Aktionen rechtzeitig informiert zu werden. Die Zurückdrängung solcher Umtriebe müssen wir gemeinsam angehen. Die etablierten Parteien tun nichts. Das hat der Skandal um die Strache-Fotos wieder einmal belegt. (Siehe auch Kommentar Seite 2)

VERANSTALTUNG

Wie gegen Rechts kämpfen?

- FPÖ: "Soziale Heimatpartei" oder Entwicklung zur rechtsextremen Massenpartei?
- Verbindungen zur Naziszene
- Wie können wir die Ausbreitung des BFJ wirksam stoppen?
- Wie können wir heute die rechtsextreme Gefahr erfolgreich bekämpfen?

Eine Veranstaltung von
Neuer Demokratischer Jugend
und Sozialistischer Linkspartei

Lin: 12. 2. 2007, 18.00 Uhr
Café Mete's Station
Langgasse 6 (gegenüber
Casino am Schillerpark)

Was ist los in der FPÖ?

Angeblich haben Neonazi-"Kameraden" die Strache-Fotos den Medien zugespielt. Spekulierte wurde darüber, dass es sich um eine Racheaktion handelt, weil Strache, Mölzer & Co. sich trotz der Wahlaufufe und Unterstützung aus diesem Eck, über die "Kameraden" öffentlich lustig gemacht haben. Es wäre in diesem Zusammenhang aber auch keine große Überraschung, wenn die Fotos von Stadler gegen Strache verwendet wurden. Insbesondere Stadler steht für jene "Ideologen" in der Partei, denen es momentan genügen würde, wenn die FPÖ sich eher auf einen harten rechtsextremen Kern konzentrieren und sich möglichst von den

Versuchen die Haider-FPÖ der 90er zu kopieren, absetzen würde. Es handelt sich hier aber weniger um einen ideologischen Richtungskampf – etwa zwischen Deutschnationalen (Mölzer) und Fundamental-Katholiken (Stadler) – sondern vor allem um Fragen von Strategie, Taktik und innerer Machtverteilung in der rechtsextremen FPÖ. Allerdings deutet die Aussage der ultra-rechten niederösterreichischen FP-Chefin Rosenkranz, wonach die "Konflikte gelöst seien" darauf hin, dass zumindest für einige Zeit die Freiheitlichen weiter ihre unterschiedlichen, in wesentlichen Teilen aber offen rechtsextremen Stränge zusammenführen kann. Als "so-

ziale Heimatpartei" in der Opposition scheint momentan eine Formel gefunden zu sein, harte Rechte bei der Stange zu halten und trotzdem Wahlen zu gewinnen. Genau dies zeigt umgekehrt die Unmöglichkeit eines Kampfes gegen Rechtsextremismus, der sich nicht die Frage stellt, warum die FPÖ gerade jetzt mit ihrem angeblichen "Antikapitalismus" punkten kann. Nämlich deshalb weil ArbeiterInnen und Jugendliche heute keine politische Vertretung, keine Partei haben, welche z.B. den Kampf gegen Sozialabbau und Arbeitslosigkeit, mit dem Kampf gegen Rassismus, Antisemitismus, FPÖ und Nazi-Terror verbindet. (je)

Wofür wir stehen

- Nein zum Sozialabbau! Statt Subventionen für die Privatwirtschaft ein öffentliches Investitionsprogramm bei Gesundheit, Bildung, Wohnbau und Verkehr.
- Mindestlohn 1.100 Euro netto! Sofortige Arbeitszeitverkürzung auf 30 Stunden pro Woche bei vollem Lohn- und Personalausgleich.
- Nein zur Sparpropaganda! Wiedereinführung der Vermögenssteuer, Abschaffung des Stiftungsrechtes sowie Einführung einer echten Steuerprogression und einer Wertschöpfungsabgabe zur Finanzierung von Gesundheits-, Bildungs-, Arbeitslosen- und Pensionsversicherung.
- Schluss mit der doppelten und dreifachen Ausbeutung von Frauen in Beruf und Familie!
- Abschaffung aller diskriminierenden Gesetze, volle rechtliche Gleichstellung aller in Österreich lebenden Menschen
- Volle Gleichberechtigung für Schwule, Lesben und Bisexuelle
- Für einen echten Kampf gegen Umweltzerstörung. Kampf dem Verursacher - der kapitalistischen Profitwirtschaft.
- Nein zu einem repressiven Sicherheitsapparat, der das große Geld schützt. Kein Geld für die Rüstung, keinen Beitritt zu einem Militärbündnis.
- Streichung bzw. keine Bezahlung der Schulden der sogenannten "Dritten Welt", Zerschlagung der internationalen Institutionen des Kapitals als Folge einer internationalen Kampagne der ArbeiterInnenbewegung.
- Nein zur Sozialpartnerschaft - Für kämpferische und demokratische Gewerkschaften!
- SPÖ und Grüne bieten keine linke Alternative! Wir brauchen eine neue starke Partei für ArbeiterInnen, Arbeitslose und Jugendliche.
- Nein zu Ausgliederungen und Privatisierungen! Stattdessen Überführung aller bereits privatisierten Betriebe sowie der Schlüsselindustrie in Gemeineigentum unter demokratischer Kontrolle und Verwaltung der ArbeiterInnen.
- Nein zur kapitalistischen EU der Banken, Konzerne und Bürokraten. Für eine Föderation sozialistischer Staaten von Europa auf freier und gleichberechtigter Grundlage.
- Für eine geplante Wirtschaft unter demokratischer Kontrolle und Verwaltung der Beschäftigten, in der Produktionsplanung von den gesellschaftlichen Bedürfnissen und nicht vom Profit bestimmt werden.
- Eine Revolution ist notwendig. Lediglich Reformen führen keine grundlegenden Veränderungen herbei. Die ArbeiterInnenbewegung und die Jugend müssen für den Bruch mit der kapitalistischen Wirtschaft und für den Sozialismus kämpfen.

► Mehr
Programm!

Das Programm der
Sozialistischen Linkspartei
40 Seiten, EUR 3,00 inkl. Versand

Das Programm wird nach Überweisung auf unser Konto PSK 8812.733 zugesandt. Namen und Anschrift nicht vergessen!

Jetzt mitmachen! Telefon 01/ 524 63 10 Mail slp@slp.at Web www.slp.at